

Piratenpartei Deutschland Pflugstr.9a 10115 Berlin

Deutscher Hanfverband
Simon Kraushaar
Rykestr. 13
10405 Berlin

09.05.2024

Ihre Anfrage zur EU-Wahl

Sehr geehrter Herr Kraushaar,

danke für Ihre Wahlprüfsteine im Rahmen der EU-Wahl 24, die wir nachfolgend beantworten:

1. Menschen, die Cannabis konsumieren, besitzen und in geringem Umfang für den eigenen Konsum anbauen, werden seit dem 01.04.2024 in Deutschland nicht mehr strafrechtlich verfolgt. Wie stehen Sie zu dieser Entkriminalisierung?

Positiv, wenn es doch wirklich so wäre. Denn da es noch nicht möglich ist, über Selbstzucht oder CSCs auf legalem Weg an Cannabis gekommen zu sein, gibt es bereits Berichte von strafrechtlicher Verfolgung von Menschen, die Cannabis bis zur laut CanG straffreien Grenze von 25 Gramm bei sich geführt haben.

Auch die Zonen um Kinder- und Jugendeinrichtungen, in denen nicht öffentlich konsumiert werden darf, sorgen für Rechtsunsicherheit. Regeln zum heimischen Konsum und Anbau sind nicht kontrollierbar und somit überflüssig.

Auch verstehen viele Menschen nicht, dass sie Cannabis jetzt nicht im Laden erwerben können. Dass nicht von Anfang an Fachgeschäfte zugelassen wurden, ist nicht wirklich nachvollziehbar. Das erst in 5 Jahren machen zu wollen, sehen wir als großen Fehler an. Darüber wäre der Zugang zum qualitätsgesicherten Produkt gegeben. Außerdem würde der Staat Steuern einnehmen.

2. Wie stehen Sie ganz allgemein zur Legalisierung von Cannabis im Sinne einer Regulierung des Marktes, z.B. mit Fachgeschäften

Piratenpartei Deutschland Bundesverband

Pflugstraße 9a
10115 Berlin

www.piratenpartei.de
vorstand@piratenpartei.de

Telefon: +49-30-27572040
Telefax: +49-30-609897517
bgs@piratenpartei.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Vorsitzender:
Lukas Küffner

Stellv. Vorsitzender:
Stephan Franzelius

Schatzmeister:
Wolf Vincent Lübcke

Stellv. Schatzmeisterin:
Jutta Dietrich

Pol. Geschäftsführer:
Dennis Klüver

Stellv. pol. Geschäftsführer:
Babak Tubis

Generalsekretär:
Borys Sobieski

Stellv. Generalsekretär:
Stephan Erdmann

Bankverbindung:

GLS Bank Bochum
IBAN: DE36430609677006027900
BIC: GENODEM1GLS

für Erwachsene?

Positiv, genau das fordern wir seit mittlerweile über einem Jahrzehnt.

3. Wie stehen Sie zum Vorhaben, wissenschaftliche Modellprojekte zur Erprobung der kontrollierten Abgabe von Cannabis in Fachgeschäften in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten (z.B. Deutschland) zu etablieren?

Offensichtlich braucht es immer einer Studie, die feststellt, dass watschelt, quakt und aussieht wie eine Ente, auch eine Ente ist. Man könnte auch einfach auf die Erkenntnisse aus anderen Teilen der Welt zurückgreifen, die diesen Schritt schon längst gegangen sind. Wenn das aber als nicht ausreichend gesehen wird, spricht auch nichts gegen derartige Modellprojekte. Das ist wie so oft eine Kostenfrage. Die Entscheidung der Verwaltung auf einen entsprechenden Antrag eines unserer kommunalen Mandatsträger hat schon 2019 von einem sechsstelligen Betrag gesprochen, der dafür veranschlagt werden müsste.

4. Das Bundesgesundheitsministerium erteilte der geplanten kontrollierten Abgabe in Fachgeschäften aufgrund europarechtlicher Bedenken eine Absage. Wird sich Ihre Partei im Europäischen Parlament dafür einsetzen, diese rechtlichen Hemmnisse für eine vollumfängliche Legalisierung zu beseitigen?

Ja, im Rahmen der Möglichkeiten, die unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament haben. Denn ein Initiativrecht besitzen sie leider nicht.

Wir plädieren dafür, dass sich die EU für eine Neufassung und gegebenenfalls Kündigung der UN-Konventionen zu psychoaktiven Substanzen einsetzt, um eine wissenschaftlich fundierte Sichtweise zu erreichen. Cannabis und andere Substanzen sollten von der Liste der illegalen Drogen gestrichen werden. Die EU sollte einen Rahmen schaffen, der einen wissenschaftsbasierten Ansatz erleichtert und unter anderem den Informationsaustausch und Beiträge zur Forschung über psychoaktive Substanzen ermöglicht. Dies wird es ermöglichen, Behandlungen mit diesen Substanzen zu erforschen und umzusetzen (z. B. zur Behandlung von Krebs, ADHS oder Long Covid).

Die EU muss einen Rahmen schaffen, der die Mitgliedstaaten ermutigt, Cannabis und andere Substanzen zu entkriminalisieren, zu legalisieren und zu regulieren, um den Schwarzmarkt einzudämmen, den Verbraucher- und Jugendschutz besser zu gewährleisten und die Philosophie des freien EU-Binnenmarkts zu respektieren. Sie muss Maßnahmen ergreifen, um besonders gesundheitsschädliche legale Substanzen wie Alkohol und Tabak zu regulieren und den Gesundheits-, Jugend- und Verbraucherschutz zu gewährleisten, zum Beispiel durch Werbeverbote und die Einschränkung von Lobbyarbeit. Eine der wichtigsten Prioritäten der Piraten sind Maßnahmen zur Schadensbegrenzung für Drogenkonsumenten. Die Europäische Union sollte die Einführung von Diensten zur Schadensminimierung wie Drogenkontrolldienste, Drogenkonsumräume und Substitutionstherapieprogramme fördern.

Bei der Gefährlichkeit von Substanzen orientiert man sich vor allem an der Tödlichkeit, nicht oder kaum an der Schädlichkeit auf den Organismus. Zudem sind Leitlinien zum Nachteil der Nutzenden Interessenbasiert. Ursachen werden aus dem gleichen Grund

nicht real dargestellt. Das alle halte ich für einen riesen Fehler. Zudem ist es gegen das Recht auf Selbstbestimmung.

5. Es werden derzeit unterschiedliche Modelle für die Legalisierung weltweit diskutiert und teilweise erprobt, z.B. in Uruguay, Kanada und einigen US-Staaten. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein regulierter Markt für Cannabisprodukte in Zukunft konkret aussehen?

Genauso reguliert, wie der Markt für Tabakprodukte und Alkohol ist. Ein freier Verkauf geprüfter und lizenzierter Ware unter Einhaltung des Jugendschutzes und Verkauf ab einer wissenschaftlich fundierten Altersgrenze muss das Ziel sein für alle, die nicht selbst anbauen können oder wollen.

6. Wie stehen Sie zur Qualitätskontrolle (Drug-Checking) von illegalen Drogen?

Positiv, denn nur so lässt sich eine gewisse Qualitätssicherung und Gesundheitsschutz betreiben. Auch das fordern wir seit über 10 Jahren.

7. Wie stehen Sie zur Entkriminalisierung aller Drogenkonsumenten (Modell Portugal)?

Positiv, das ist ebenfalls seit mittlerweile über einem Jahrzehnt unser Ziel.

8. Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Europafraktion (bzw. Landesgruppe in Ihrer Fraktion) in der aktuellen Legislaturperiode auf der europäischen Ebene und was sind Ihre konkreten drogenpolitischen Pläne für die kommende Legislaturperiode?

Abgeordnete des Europäischen Parlaments sind hinsichtlich ihrer Möglichkeiten, initiativ tätig zu werden und Themen anzustoßen, streng limitiert. Somit konnte in der aktuellen Legislaturperiode keine Initiative gestartet werden, die bspw. die unter 4 genannten Aspekte aufgenommen hätte. Kommt es in der nächsten Legislaturperiode zu einer Initiative der EU-Kommission, sind die genannten Aspekte genau die Punkte, die wir einbringen werden. Und noch mehr:

Wir sind der Meinung, dass die Kriminalisierung des persönlichen Konsums von Cannabis ineffektiv ist, Randgruppen unverhältnismäßig schadet und Ressourcen von dringenderen Bedürfnissen der öffentlichen Gesundheit ablenkt. Wir setzen uns für eine evidenzbasierte Cannabispolitik ein, die der Schadensbegrenzung Vorrang einräumt, einschließlich der Regulierung von Produktion, Vertrieb und Verkauf von Cannabis, um Sicherheit und Qualität zu gewährleisten.

Die Europäische Piratenpartei unterstützt die Legalisierung von psychedelisch unterstützten Therapien. Wir sind der Meinung, dass Patienten das Recht haben sollten, diese Behandlungen unter ärztlicher Aufsicht in Anspruch zu nehmen und dass sie reguliert werden sollten, um Sicherheit und Wirksamkeit zu gewährleisten. Die Piratenpartei unterstützt die Entwicklung einer evidenzbasierten Politik, die darauf abzielt, den Zugang zu psychedelisch unterstützten Therapien zu erweitern und die

Forschung über das therapeutische Potenzial dieser Substanzen zu fördern.

Die Europäische Piratenpartei unterstützt eine gemeinsame europäische Alkohol- und Tabakpolitik, die auf Schadensbegrenzung ausgerichtet ist. Wir sind davon überzeugt, dass die öffentliche Gesundheit Priorität haben sollte, und die Politik sollte evidenzbasiert sein und darauf abzielen, den Schaden für den Einzelnen und die Gemeinschaft zu verringern. Wir befürworten Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen, die den verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol und Tabak fördern, von übermäßigem Konsum abhalten und Werbung und Marketing verbieten.

Wir hoffen, mit diesen Aussagen gedient zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
Thomas Ganskow
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.